



Die Beauftragte
des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen
der kommunistischen Diktatur

Pressemitteilung Nr. 13 vom 28. April 2025

Beratung in Bad Saarow zur Einsichtnahme in Stasi-Akten und zu SED-Unrecht

Termin 8. Mai 2025

Ort Amt Scharmützelsee, Forsthausstraße 4, 15526 Bad Saarow (Konferenzraum)

Zeit 14:00 bis 18:00 Uhr

Das Beratungsteam der Brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten lädt interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Bad Saarow und Umgebung zur Beratung vor Ort ein. Das Angebot richtet sich an Menschen, die in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR politisch verfolgt wurden und/oder Einsicht in ihre Stasiakten beantragen möchten, sowie an deren Angehörige. Die Beratung wird kostenfrei angeboten.

In **Einzelgesprächen** können insbesondere folgende Themen besprochen werden:

Einsicht in die Stasi-Unterlagen

- > Antragstellung (einschl. Decknamen-Entschlüsselung und Wiederholungsanträge)
- > Erläuterung zur Anonymisierung (Schwärzung)
- > Antragstellung als nahe Angehörige von Verstorbenen
- > Anträge für Forschung und Medien

Voraussetzung für die Antragstellung ist ein gültiges Personaldokument zur Identitätsbestätigung.

Beratung zu SED-Unrecht

- > Rehabilitierung von SED-Unrecht nach dem Strafrechtlichen, Verwaltungsrechtlichen und Beruflichen Rehabilitierungsgesetz und sich daraus ergebende Leistungsansprüche
- > verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden
- > psychosoziale Beratungs- und Hilfsangebote

Beratung zur Novellierung der Unrechtsbereinigungsgesetze

- > Der Gesetzgeber hat am 30.01.2025 zahlreiche Verbesserungen (neue Leistungszugänge, Leistungserhöhungen für strafrechtlich und beruflich Rehabilitierte sowie zahlreiche Verfahrenserleichterungen) zugunsten ehemals politisch Verfolgter beschlossen, die ab dem 01.07.2025 in Kraft treten.
- > Bereits 2019 wurden die Rehabilitierungsgesetze entfristet und die Rehabilitierungsmöglichkeiten für Betroffene, die in der DDR in Spezialkinderheimen, Jugendwerkhöfen, Durchgangs- und Sonderheimen untergebracht waren sowie für Opfer von Zersetzungsmaßnahmen des Staatssicherheitsdienstes der DDR deutlich verbessert.

Informationen zu weiteren Unterstützungsmöglichkeiten

- > Traumaberatung für ehemals politisch Verfolgte und deren Angehörige, die unter den Folgen der SED-Diktatur leiden, ihre Situation verändern wollen und hierbei auf der Suche nach Unterstützung sind
- > Härtefallfonds für anerkannte Verfolgungsoffer in schwierigen Lebenssituationen auf Landes- und Bundesebene

Für die Beratung vergeben wir im Vorfeld Termine. Ratsuchende bitten wir deshalb, sich telefonisch anzumelden unter 0331/23729217 oder per E-Mail unter buergerberatung@lakd.brandenburg.de

Pressekontakt: Stefanie Wahl